

Humanistische Union

„AG Whistleblowing“

Antrag 2 an die Mitgliederversammlung 2017

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Humanistische Union setzt in Zukunft eine AG Whistleblowing ein. Aufgabe dieser AG wäre, ein Konzept auszuarbeiten, um eine Gesetzesinitiative zum Schutz von Whistleblowern anzuregen. Nach Möglichkeit ist eine Kooperation mit anderen Initiativen anzustreben, die zu diesem Thema arbeiten.

Begründung: Whistleblower setzen sich für die Allgemeinheit ein, weil sie Missstände (von Firmen und Behörden) und Verbrechen öffentlich machen und sorgen so für Transparenz und Information. Whistleblower werden vor dem deutschen Gesetz nicht geschützt. Ziel ist, eine Gesetzesinitiative anzuregen, um diese vor Strafverfolgung zu schützen.

Ein Beispiel aus Deutschland: Inge Hannemann. Sie war Arbeitsvermittlerin im Jobcenter Hamburg-Altona, brachte öffentlich Missstände bei der Vermittlung von Arbeitslosen innerhalb des Systems Hartz IV zur Sprache. Aus diesen Gründen wurde sie im April 2013 durch ihren Arbeitgeber mit sofortiger Wirkung vom Dienst freigestellt und erhielt Hausverbot (Quelle: de.wikipedia.org).

Antragstellerin: RV München-Südbayern, vertreten durch Nadine Freialdenhoven

<https://www.humanistische-union.de/veranstaltungen/2017/antrag-2-ag-whistleblowing/>

Abgerufen am: 19.04.2024